

Bronchialerkrankungen, Rachitis, Vergiftungen, Krebs

Die Skandale häufen sich. In Mörfelden haben „Unbekannte“ tankwagenweise Schwefelsäure in den Kanal gepumpt. Der Kanal ist beschädigt. Die Menschen. . . ?

Im Raum Biebesheim ist durch unerlaubte Ablagerungen von Schadstoffen durch die Südhessische Verbrennungsgesellschaft möglicherweise das Grundwasser verseucht worden.

Durch den enormen Flugbetrieb auf Rhein-Main ist eine neue Gefahr entstanden. Wissenschaftler haben einen neuen Emissionstyp entdeckt (photochemischer Smog), der durch Flugzeugabgase verursacht wird. Erste Feststellung der Folgen im Umland: Bronchitis, Atemnot, Lungenblähungen, Vegetationsschäden.

Der Chemiekonzern Merck hat in Gernsheim Tausende Tonnen Hexachlorcyclohexan über dem Trinkwasserreservoir des Rhein-Main-Gebietes begraben. Die Firmenleitung, das Regierungspräsidium in Darmstadt, das Krollmann-Ministerium beweisen Zusammenspiel: „Das Zeug ist nicht gefährlich!“

Wissenschaftler sind anderer Meinung: Sie befürchten: Blutkrebs, Knochenmarksschädigungen, Veränderungen des Nervensystems. (Nachlesen auch im „Vergiftungsregister“, Georg-Thieme-Verlag, Stuttgart, S. 262)

Gift im Wasser

Es muß also nicht immer Cholera sein, es kann schlimmere Auswirkungen haben, auf die Gesundheit und das Leben der Menschen.

Kennen Sie die Folgen einer Quecksilbervergiftung?

Systematisch wird das Nervensystem zerstört. Taubheit, Verkrümmung der Glieder, Hör- und Sehstörungen, Halluzinationen und schließlich ein qualvoller Tod sind die einzelnen Stationen.

Mehrere hundert Japaner starben bereits einen solchen Tod, weil sie Fisch aßen, der aus Gewässern stammte, die durch quecksilberhaltige Industrieabwässer verseucht wurden.

(Frankfurter Rundschau, 26.6.73)

Wissenschaftler stellten fest, daß der Main bei Wiesbaden zehnmal mehr

Quecksilber enthält als die verseuchten japanischen Gewässer!

(Frankfurter Rundschau, 20.1.73)

Das Frankfurter Forschungsinstitut Senckenberg warnte vor dem Genuß von Mainfischen.

(Frankfurter Neue Presse, 7.9.74)

Sicher ißt kaum noch jemand Mainfische. Wir gehen auch nicht mehr im Main baden, aber es steht fest, daß der Main für Millionen von Menschen eine lebenswichtige Trinkwasserquelle ist. Und:

„Kein Wissenschaftler ist heute bereit, dafür zu garantieren, daß unser Trink-



Diskussion am Infostand: Bildmitte: Rudi Hechler, Landtagskandidat der DKP für den Wahlkreis 47, Groß-Gerau.

▼ wasser von Giften frei bleibt, die in Main geleitet wurden.“
(Frankfurter Rundschau, 20.1.73)

Gift in der Luft

Die Gesundheitsgefährdung im Rhein-Main-Ballungsgebiet, in das der Kreis Groß-Gerau gehört, ist alarmierend. Die Dunst- und Staubglocke schluckt hier bereits über 20 Prozent des Sonnenlichts.

Hier leiden bereits 15 Prozent aller Neugeborenen an Rachitis. Besonders erschreckend ist die Zunahme der Erkrankungen der Atemwege. In Rüsselsheim beträgt der Anteil dieser Erkrankungen bereits 36 Prozent der Bevölkerung gegenüber nur 12 Prozent im Bundesdurchschnitt.

Schuld daran ist zweifellos die Beckenlage des Rhein-Main-Gebietes. Umgeben von Mittelgebirgen haben wir hier bis zu 150 windarme Tage im Jahr. Die verschmutzte Luft bleibt hängen.

Schuld trägt aber in erster Linie die Massierung der chemischen Industrie in unserem Raum und die unzureichenden Auflagen für die Chemie-Giganten.

Schuld sind in erster Linie die Großkonzerne, bei denen nach wie vor der Profit vor dem Menschen rangiert. Und die deshalb zu wenig Filter- und Kläranlagen bauen.

Darüber täuschen auch die Public-Relations-Maßnahmen der großen Chemie-Konzerne nicht hinweg (Dampfer-Fahrten für Journalisten etc.).

Sind alle schuld ?

Ratschläge für „wirksamen“ Umweltschutz geben heute viele. Die Bundesregierung und die Landesregierung wollen uns weismachen, an der Umweltverschmutzung sei jeder gleich schuld. Der Großkonzern genauso wie die Arbeiterfamilie.

Nichts gegen ordentliche Abfallbeseitigung und saubere Mülltonnen. Doch was ist mit den Tausenden Tonnen giftigen Industrieabfalls, der auf zahlreichen Müllkippen deponiert wurde?

Nichts gegen Rücksicht im Straßenverkehr. Doch ist der normale Bundesbürger daran schuld, daß der Bleigehalt des Benzins so hoch ist? Ist der Main eine Kloake geworden, weil so viele Kinder eingepinkelt haben, oder, weil Konzerne wie Hoechst, Cassella, und Degussa ihren Dreck ablassen?

Nein, die alte Masche, jeder ist daran schuld — der kleine Mann ebenso

wie das Großkapital — zieht nicht mehr. Sie ist falsch!

Manche Leute sagen, die Umweltverschmutzung sei der Preis des technischen Fortschritts, den wir bezahlen müssen.

Da bin ich anderer Meinung. Mit dem technischen Fortschritt kann man gerade die Umweltschäden verhindern und beseitigen helfen.

Zum Beispiel durch wirksame Klär- und Filteranlagen, durch abgasfreie Verbrennungsanlagen.

Doch was schert es die Großindustriellen und Spitzenverdiener, wenn sie selbst eine Villa im Taunus haben und die sich zwischendurch im Zweithaus an der Karibischen See ausruhen?

Ich meine: wirklichen Umweltschutz gibt es nur auf Kosten des Profits!

Die DKP sagt: In den Taschen der Großaktionäre, in den Konzern- und Banktresoren und in der übervollen Rüstungskasse, da liegt das Geld für die dringendsten Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung.

Durch eine breite demokratische Kontrolle muß sichergestellt werden, daß in Zukunft niemand mehr Gift in Luft und Wasser abläßt oder unerlaubt deponiert.

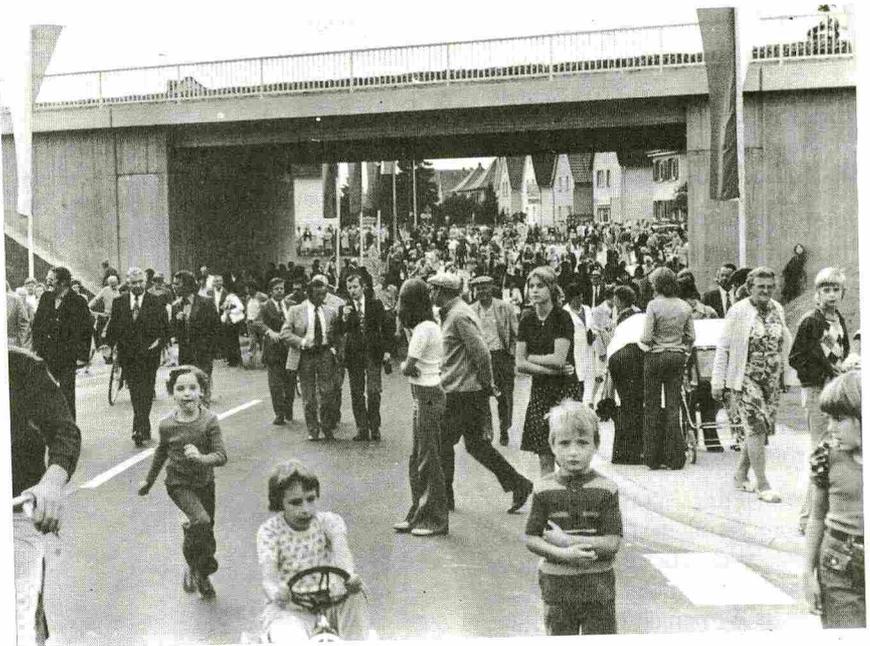
Dafür tritt die DKP ein, im Interesse der arbeitenden Bevölkerung. Doch es kommt nicht von allein. Dafür muß man kämpfen.

Und diese Wahrheit muß gesagt werden, auch im hessischen Landtag. Am 27. Oktober muß man die DKP wählen!

Rudi Hechler

Landtagskandidat der DKP
für den Wahlkreis 47, Groß-Gerau

Es ist mit Unkosten verbunden, eine solche Zeitung herauszubringen. Sie können über den Herausgeber, die Verteiler oder jedes Ihnen bekannte Mitglied der DKP einen finanziellen Beitrag dazu leisten.



Wie weiter?

Anwohner der Westendstraße, Gärtnerweg, Groß-Gerauer-Straße beschwerten sich, bilden Bürgerinitiativen wegen des unzumutbaren Straßenlärms, der seit Jahren an ihrer Haustür vorbeiführt. Der Protest ist berechtigt.

Wie auf anderen Gebieten wurde auch im Verkehrswesen seit Jahrzehnten darauf losgewurstelt. Grundlegende Diskussionen, weitreichende Planung, Analysen und Prognosen gab es nicht. In den letzten Jahren ist nun die Planung für eine Ortsumgehung der B 44/486 angelaufen. Sie soll durch Wiesen und Waldgebiete führen. Erholungsgebiete sollen (vierspurig!) durchschnitten, Wald abgeholzt, die Umwelt noch stärker belastet werden. Wer allerdings meint, dann würde es in Mörfelden ruhig, der irrt. Neue Bewohner haben auch Autos (Steinweg Süd I und II soll allein zirka 5000 Menschen zählen). Die Leute fahren zum Einkaufen, zur Stadtverwaltung oder zur Erledigung anderer Besorgungen ebenfalls motorisiert durch den alten Ortskern.

GESAMTSCHULE

Es klappt immer noch nicht

Die Gesamtschule Mörfelden/Walldorf besteht nun seit drei Jahren und noch immer sind Schwierigkeiten zu verzeichnen, die nicht einfach vom Tisch zu wischen sind. So fallen zirka zehn Prozent des gesamten Unterrichts aus, wovon die Fächer Englisch, Physik, Kunst und Musik am stärksten betroffen sind. Während man bei Englisch, das zu zirka zwölf Prozent ausfallen muß, Kunst und Musik, die nur zu 60 Prozent gelehrt werden, mit baldiger Abhilfe rechnen kann, sieht es mit Physik wesentlich schlechter aus. Bei diesem Fach, das eine Ausfallquote von mehr als 50 Prozent aufweist, ist eine Verbesserung auf Dauer nicht abzusehen.

Es fehlt an Lehrkräften und insbesondere an solchen, die Naturwissenschaften, Englisch, Kunst und Musik unterrichten können. Als erschwerend kommt hinzu, daß von 75 neu zu besetzenden Stellen lediglich 70 genehmigt wurden.

Früher fuhren die Schüler der 9. Klasse einmal in der Woche nach Groß-Gerau in die Berufsschule.

Das Fach „Hinführung zur Arbeitswelt“ ist eine vernünftige Sache, zumal man hier einen Einblick in grundverschiedene Berufszweige erhält und sich eine Vorstellung über das Berufsleben allgemein bilden kann.

Wer kann es der ohnehin überlasteten Berufsschule heute noch zumuten, Unterricht in ähnlicher Form nebenher zu erteilen?

So sind in den polytechnischen und wirtschaftlichen Bereichen auch erhebliche Mängel zu verzeichnen.

Es müssen so in Fächern wie Wirtschaftskunde, Polytechnik (verschiedene Bereiche der Arbeitswelt werden hier beleuchtet) usw. Lehrer den Unterricht halten, die sich zwar jede erdenkliche Mühe geben, die aber für diese Fächer nicht genügend ausgebildet sind.

Sollte es nicht möglich sein, hierfür einen Nationalökonom und einen Industriemeister zu gewinnen, die sicherlich geeigneter wären, diese Fächer zu unterrichten?

Zu bemängeln sind weiterhin die unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten erstellten Gebäude.

Gerade für die jüngeren Schuljahrgänge ist es wichtig, einen eigenen Klassenraum zur Verfügung zu haben, der ihnen als Anlaufstelle dient und den sie als eine Art „Heim in der Schule“ ansehen können.

In diesem Raum könnten sie z.B. eigene Bilder aufhängen, sie könnten ihn selbst gestalten und hätten eine vertraute Umgebung, wenn sie in die Schule kommen.

Heute ziehen sie meist von Raum zu Raum, und jeder Raum bleibt ihnen fremd.

Positive Aspekte sind, daß es gelang, den Sportunterricht in der gesamten Stundenzahl durchzuführen.

Weiterhin bleibt die Klassenstärke auf zirka 30 Schüler beschränkt. Wenn auch 25 Schüler das Maximum sein sollten, so ist eine Klasse mit 30 Schülern schon ein Fortschritt, bedenkt man, daß nötigenfalls 40 Schüler pro Klasse erlaubt sind.

Gut ist, daß genügend Informationsmaterial und Bücher vorhanden sind. Schlecht ist, daß man sie den Schülern nicht zugänglich macht, da die Bücherei geschlossen ist. Es fehlt eine Aufsichtskraft und so findet der Raum als Aufenthaltsraum Verwendung. Bedenkt man, was hier den Schülern an zusätzlicher interessanter Information verlorengelht, so muß man sofortige Abhilfe fordern.

Eng mit dem Problem innerhalb der Gesamtschule hängen die Schwierigkeiten der Beförderung zur Gesamtschule zusammen.

Die Eltern der Kinder, die um das Gebiet der Schleifmühle wohnen, machen sich berechtigte Sorgen über den gefährlichen Fußweg, den ihre Kinder bis zur Bushaltestelle zurückzulegen haben.

Hier wäre es sicherlich angebracht, den Schulbus auch dort halten zu lassen.

Den 6- bis 10jährigen, die die Bürgermeister-Klingler-Schule oder die Albert-Schweitzer-Schule besuchen, ist natürlich das Mitfahrrecht einzuräumen, denn auch ihr Weg weist die gleichen Gefahren auf.

Sicherlich ist das Konzept der Gesamtschule gut. Jedoch wird selbst das Beste schlecht, wenn die Mängel nicht abgestellt werden.

Für die Gesamtschule Mörfelden/Walldorf muß man fordern:

- mehr qualifizierte Lehrkräfte;
- verbessertes Raumangebot;
- bessere Busverbindungen.

Es bleibt zu hoffen, daß der Regierungspräsident in Darmstadt schnellstens die nötigen Schritte hierzu einleitet.

k.h.

„18“

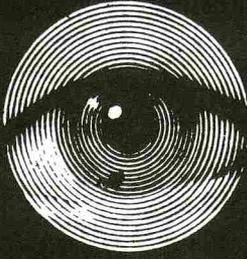
Endlich wird zu Beginn des nächsten Jahres eine uralte Forderung demokratischer Jugendorganisationen verwirklicht. Justizminister Vogel nutzt das zu einer großangelegten Eigenwerbung; mit einem Informationsblatt, das in Lehrwerkstätten und an Schulen verteilt werden soll. Jetzt könne man, heißt es da, mit „18 Jahren auch Bundestagsabgeordneter“ werden, und, für Lehrlinge besonders interessant, „wie wär's mit dem Posten eines Vorsitzenden im Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft?“ Ganz klar: Da eine Veränderung der katastrophalen Situation der beruflichen Ausbildung bis zum Ende dieses Jahrzehnts nicht mehr zu erwarten ist, gehen die Lehrlinge einfach in die verschiedenen Aufsichtsräte der Konzerne. Nur gut, daß sie damit nicht mehr warten müssen, bis sie 21 sind.

Peinlich



Die Empfindung, die Gewinnsprünge der prosperierenden Großchemie seien „fast peinlich“, mag die „Frankfurter Rundschau“ ehren – von viel Kapitalismuskennntnis zeugt sie nicht. Profitsprünge dieser Art sind das erstrebenswerte Ziel des Großkapitals, und aus genau diesem Grunde ist das ganze System peinlich.

BLICKPUNKT KOMMUNAL



In der Mörfelder Stadtverordneten-Versammlung wurde über die künftige Entwicklung Mörfeldens diskutiert. DKP-Stadtverordneter Erich Schaffner (unser Bild) gab die Stellungnahme der DKP-Fraktion ab. Wir drucken sie im Wortlaut.

Gegen ein „neues Ruhrgebiet“

Es wird häufig, und das nicht nur in diesem Parlament, von Umweltschutz geredet. Wenn es dann aber daran geht, konkrete Maßnahmen des Umweltschutzes einzuleiten, dann heißt es allzuoft: das fällt nicht in unsere Kompetenz. Wenn man sich über die miserable Verkehrsentwicklung und die damit verbundene Umweltbelastung beklagt, dann bekommt man von manchen zu hören: Laß doch dein Auto zu Hause. Das wäre das gleiche, als wenn man zu demjenigen sagt, der sich über die Preissteigerungen beschwert: Was gehst du auch einkaufen?

Wir stehen jetzt aber vor einer Situation, von der man nicht sagen kann, wir hätten keinen Einfluß darauf. Denn die Entwicklung unserer Stadt fällt noch (!) in unseren Kompetenzbereich. Und wir Kommunisten sagen dann auch Nein! Wir sagen Nein zu jeder weiteren Belastung unserer Umwelt. Wir sagen Nein dazu, in unseren Ballungsraum immer mehr Menschen hineinzupfropfen. Wir sagen Nein zur Entstehung eines neuen Ruhrgebietes zwischen Rhein und Main. Zur Erhaltung humaner Lebensmöglichkeiten für die hier lebende Bevölkerung

reicht es eben nicht aus, Waldfeste zu organisieren oder Umweltpreise verleihen zu wollen.

Die Konsequenz heißt: Schluß!

Wenn man immer wieder von verantwortlichen Umweltschützern hört, daß es fünf Minuten vor zwölf ist, daß die Umweltzerstörung die Grenze praktisch schon erreicht hat, dann kann man eben nicht so tun, als gäbe es diese Warnungen nicht, dann bleiben einem halt nur die zwei Möglichkeiten: Entweder ich gebe meine Verantwortung dem Wähler zurück, oder ich habe den Mut zur Konsequenz. Und die Konsequenz heißt: Schluß! Es wird kein Wald mehr gefällt. Weder für den Individualverkehr noch für Flughafen-erweiterung. Und jetzt sage keiner: Steinweg Nord II und Wettbewerbsgebiet hätten nichts mit Umweltbelastung zu tun. Ist nicht geplant, neue Trassen in den Wald zu hauen? Ist nicht geplant, aus Walldorf und Mörfelden eine Stadt von 50.000 Menschen zu machen? Hat man noch nicht bemerkt, daß das eine rigorose Einschränkung der Lebensqualität der hier woh-



Stadtverordneter Erich Schaffner gab für die DKP die Stellungnahme ab

nenden arbeitenden Bevölkerung bedeutet? Hat man keine Skrupel, im Falle eines Ausbaues des Flughafens Tausende Leute in einen unzumutbaren Lärmgürtel gesetzt zu haben? Denkt man nicht daran, daß das Verkehrsaufkommen in den alten Ortsstraßen, das jetzt schon Gegenstand von Beschwerden der Bevölkerung ist, dann noch wesentlich steigen wird?

Ich will gar nicht davon reden, wieviel Landschaft, Wald und Feld in den letzten zwanzig Jahren geopfert wurde. Das sollte jeder Stadtverordnete wissen. Ich kann aber nicht darüber schweigen, daß man offensichtlich noch nicht erkannt hat, wohin der Weg weiterer Bebauung führt, wem dieser Weg nützt und wem er schadet. Mit Erlaubnis des Vorstehers darf ich Friedrich Engels zitieren, der vor mehr als hundert Jahren schrieb:

„Schmeicheln wir uns nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andere, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben.“

Er bringt jetzt einige Beispiele dafür und sagt dann weiter:

*„Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand der außer der Natur steht – sondern, daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr gehören und mitten in ihr stehen und daß unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.“**

Beste Bedingungen für Kapitalisten

Im Rhein-Main-Gebiet sind die Verkehrswege verhältnismäßig gut erschlossen. Hier gibt es Arbeitskräfte, hier gibt es viele Firmen, mit denen man Geschäfte abschließen und Handel treiben kann. Die Transportkosten sind relativ niedrig, hier gibt es einen Flughafen, alles ist schön an einem Platz. Das sind die besten Bedingungen für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe. Hier kann man herrliche Profite machen, vorausgesetzt, man besitzt Kapital. Betriebe, die sich vergrößern wollen, oder solche, die neu gegründet werden sollen, ziehen ins Rhein-Main-Gebiet. Man braucht Arbeitskräfte. Die Bewohner der nicht industriell erschlossenen Gebiete suchen Einkommensmöglichkeiten. Höhere Löhne als auf dem flachen Lande gibt es in der Stadt. Also, ab ins Rhein-Main-Gebiet. Diese Menschen brauchen Wohnungen. Woh-

nungen sind knapp. Die Kommunen müssen für Wohnungen sorgen. Wohnungsbau erfordert Platz, frißt Landschaft. Viele Menschen auf einem Platz bedeutet viel Verkehr, bedeutet viele Autos. Viele Autos erfordern viele und breite Straßen. Straßenbau erfordert neben Geld auch wieder Landschaft.

Ein Teufelskreis

In einem Gebiet aber, in dem viele Menschen zusammengedrängt, in dem Luft und Wasser verseucht sind, brauchen die Menschen Platz für Ruhe und Erholung, ist also unzerstörte Landschaft dringend nötig für das gesundheitliche Wohlbefinden der Menschen. Aber immer neue Industrie wird angesiedelt, immer mehr Menschen werden gebraucht, bessere Verkehrswege, mehr Wohnungen. Die Menschen benötigen Sozialeinrichtungen. Sozialeinrichtungen kosten Geld. Geld bekommt die Gemeinde durch Gewerbesteuer. Also mehr Industrie in die Stadt. Mehr Industrie bringt mehr Menschen, mehr Wohnungen, bessere Verkehrswege, mehr Autos, weniger Wald. Weniger Wald bedeutet weniger Möglichkeit zur Erholung, schlechtere Luft, weniger Wasser. Die Menschen werden krankheitsanfälliger. Mehr soziale Einrichtungen werden gebraucht. Die kosten Geld. . .

Man könnte das so fortführen. Es ist ein Teufelskreis, in dem wir stecken. Es steht noch in unserer Macht, ihn zu durchbrechen. Noch können wir nein sagen zur weiteren Bebauung. Noch können wir nein sagen zur weiteren Ansiedlung von Industrie. Natürlich erfordert das Mut. Wir Kommunisten sind bereit, ihn aufzubringen.

* Marx-Engels-Werke, Bd. 20, S. 452

Thälmannstraße

Nachdem auch die SPD-Fraktion die Neubenennung einer Thälmannstraße in Mörfelden befürwortet hat, könnte mit der Namensgebung begonnen werden. Ebenso ist es notwendig, jetzt endlich den Stadtverordnetenbeschluss, eine Salvador-Allende-Straße zu benennen, zurealisieren. Die Forderung der DKP-Fraktion im Stadtparlament, Straßen nach Widerstandskämpfern zu benennen, bleibt auf der Tagesordnung.

Giftskandal in Mörfelden

In den letzten Jahren ist schon wiederholt bekannt geworden, wie verbrecherisch und kriminell die großen Chemie-Konzerne ihren Giftmüll beseitigen. In Nacht- und Nebel-Aktionen ließen Farbwerke Hoechst, Degussa und andere, von kleinen Unternehmen, Arsen, Cyanide, Schwefelsäure u.sw. auf billige Art beseitigen. Für sie ist es egal, wohin diese gefährliche Fracht transportiert wird.

Wichtig ist nur der Profit – nicht das Wohl und die Gesundheit unserer Bevölkerung. Fest steht aber auch, daß Bonn, aber auch die SPD- und CDU-regierten Länder der Giftmafia nicht genügend auf die Finger sehen. Nun erfahren wir, daß auch in Mörfelden Schwefelsäure in die Kanalisation gelassen wurde. Die Kanalrohre sind zerfressen und zerstört, ebenso der Kanalschacht am Hotel Europa, in den anscheinend die hochkonzentrierten Gifte per Tanklastzüge eingelassen wurden.

Dem Magistrat und dem städtischen Bauamt ist dies schon seit über einem Jahr bekannt. Reparaturarbeiten sind schon vor einem Jahr ausgeführt worden und ein Gutachten bei der Materialprüfanstalt Darmstadt wurde bereits am 10.7.73 vom Magistrat eingeholt. Bis jetzt hat man es aber versäumt, die Stadtverordneten und die Bevölkerung davon zu unterrichten. Heute, im September 74, fordert Bürgermeister Bachmann die Bevölkerung zur Mithilfe auf, um die Umweltvergifter ausfindig zu machen. Ein ganzes Jahr wurde die Sache verheimlicht, wertvolle Zeit ging hierdurch verloren. Die DKP-Fraktion im Stadtparlament hat sofort nach Bekanntwerden des Falles durch die Presse beim Magistrat gegen die Geheimniskrämerei protestiert und eine Anfrage an den Magistrat gerichtet. Nachdem in Hessen, ja in unserer nächsten Umgebung, wie in Raunheim und Biebesheim, Schäden festgestellt wurden, hätte man in Mörfelden wachsamer sein müssen. Auf

Grund der verschiedenen Müllskandale hat die DKP-Mörfelden schon wiederholt zur Wachsamkeit aufgerufen. Zwei Anfragen wurden in diesem Zusammenhang an den Magistrat gerichtet, zuletzt am 11. Oktober 73 haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß Tankfahrzeuge eine unbekannte Flüssigkeit in die Mörfelder Kiesgrube beim Müllplatz gelassen haben. Uns wurde geantwortet, es seien Fahrzeuge vom Frankfurter U-Bahnbau. Zu der damaligen Zeit wußte man auf dem Mörfelder Rathaus bereits von der Kanalverseuchung am Oberwald. Aber man schwieg hierzu noch ein ganzes Jahr. Wem sollte dies nützen?

Wir schrieben damals: „Auch unser Trinkwasser ist gefährdet. Des weiteren können schon geringe Mengen von schädlichen Stoffen, wenn sie in die Kanalisation geleitet werden, in Zukunft unsere biologische Kläranlage außer Kraft setzen. Die Gefahr der Verseuchung unserer Umwelt ist groß. Nur durch die Wachsamkeit und Kontrollbefugnis aller gewählten Organe kann in Zukunft schlimmeres verhindert werden.“

Wir fragen den Magistrat:

1. Seit wann hat das Bauamt und der Magistrat Kenntnis von dem Vorfall?
2. Warum wurden die Stadtverordneten und die Öffentlichkeit nicht schon vor einem Jahr über diesen Vorfall unterrichtet?
3. Wurde damals alles unternommen, um die Verantwortlichen festzustellen und in diesem Zusammenhang interessiert
 - a) woher ist bekannt, daß es Tankfahrzeuge waren?
 - b) Wurden Zeugen ausfindig gemacht, die das Einlassen der Gifte gesehen haben?
 - c) Ist noch nachzuprüfen, wie groß die Giftmenge war?
 - d) Ist nachgeforscht worden, wo und in welchem Industriegebiet solche Gifte vorkommen?

11. September 1973

Über das freie Chile bricht die Nacht faschistischer Barbarei herein. Eine gekaufte Generalsclique stürzt die rechtmäßige Regierung der Unidad Popular. Der Amtssitz des vom Volk gewählten Präsidenten wird bombardiert und in Brand geschossen. Der Präsident, Dr. Salvador Allende, wird ermordet. Die faschistischen Henker greifen nach dem Generalsekretär der KP Chiles, Luis Corvalán. Die Armee errichtet ein Regime des Terrors. Die Straßen der chilenischen Städte färben sich mit dem Blut von Zehntausenden Anhängern der Unidad Popular. Panzer, Artillerie und Bomben ersticken die Freiheit des Volkes. Ein Aufschrei des Zorns, der Empörung geht durch die Welt.

Am 11. September jährte sich zum erstenmal der Tag, an dem reaktionäre und faschistische Kreise des chilenischen Militärs, unterstützt von den Großgrundbesitzern und den geeigneten Herren der Kupferminen, von internationalen Konzernen wie ITT und Hoechst und dem amerikanischen Geheimdienst CIA, in einem blutigen Putsch die rechtmäßige Volksfrontregierung der Unidad Popular stürzten.

Am 11. September um 14.00 Uhr vor einem Jahr fiel der verfassungsmäßige Präsident Salvador Allende unter den Schüssen der Putscheinheiten. Heute, fast ein Jahr nach diesem blutigen Putsch, erheben wir, die Deutsche Kommunistische Partei, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, der Marxistische Studentenbund Spartakus und die sozialistische Kinderorganisation Junge Pioniere, falmenden Protest gegen die andauernden Bluttaten der faschistischen Militärjunta in Chile. Sie steht in nichts den Greueln der Hitler-Barbarei nach.

Ein Jahr faschistischer Terror in Chile

Unter dem Deckmantel, die Demokratie zu verteidigen, machte es sich die Pinochet-Junta zum Ziel, den Marxismus in Chile auszurotten.

Die Errungenschaften der chilenischen Arbeiter, die großen Leistungen der Unidad Popular wurden von der Generalsjunta zunichte gemacht.

Den Kindern wurde der tägliche halbe Liter Milch entzogen, der ihnen unter der Unidad Popular unentgeltlich ausgegeben wurde.

Die Großgrundbesitzer nahmen ihre Besitzungen wieder unter Beschlag. Die Preissteigerungen für die lebenswichtigen Waren beträgt weit über 1.000 Prozent!

Die Junta übernimmt die Aufgabe, den internationalen Kupfergesellschaften wieder die rücksichtslose Ausplünderung des Landes zu sichern.

Von der ersten Stunde an kämpft das chilenische Volk um seine Rechte, für Arbeit und Brot.

Und von der ersten Stunde an entfaltete die Militärjunta einen beispiellosen Terror im ganzen Land. Sie überzog Chile mit einem Netz von Konzentrationslagern, Massenverhaftungen dauern bis heute an. Tausende von chilenischen Antifaschisten und Patrioten schmachten in KZs und Gefängnissen. In den Folterhöhlen werden Hunderte bestialisch zu Tode gefoltert.

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles wird unter unmenschlichen Bedingungen gefangen

gehalten. Er schwebt in ständiger Lebensgefahr. Clodomiro Almeyda befindet sich in den Klauen der Henker.

Wir fordern :

**Aufhebung des inneren Kriegszustandes in Chile!
Schluß mit den Überfällen auf die Arbeiterwohnviertel, mit den Mißhandlungen von Frauen und Kindern!**

**Schluß mit den Folterungen chilenischer Patrioten!
Wiederzulassung und freie Betätigung für die chilenischen Gewerkschaften!**

**Auflösung aller Konzentrationslager!
Freiheit für Luis Corvalan, Clodomiro Almeyda und alle politischen Gefangenen!**

**Wir bitten unsere Leser:
Spendet auf das Solidaritätskonto
der Bürgerinitiative bei der
Kreissparkasse Groß-Gerau,
Konto-Nr. 9003781.**

Kommunisten?

Auf dem Wahlzettel zur Landtagswahl finden wir in diesem Jahr zum ersten Mal außer der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zwei weitere Gruppierungen, die sich „kommunistisch“ nennen.

Da gibt es noch den „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ („KBW“) und die „Kommunistische Partei Deutschland“ („KPD“). Merkwürdig, werden viele sagen, seit wann gibt es denn verschiedene Kommunistische Parteien? Seit wann gibt es eine KPD, die 1956 verboten und seitdem nicht wieder zugelassen wurde?

Nun, die Antwort ist recht einfach. Weder „K“BW noch „K“PD haben etwas mit der Arbeiterbewegung zu tun. Es sind Gruppen, die hauptsächlich aus Schülern und Studenten bestehen und die meist „aus gutem Hause“ kommen. Sie nennen sich „kommunistisch“, haben aber recht abenteuerliche Vorstellungen davon, was Kommunismus wirklich ist. Den Arbeitern unseres Landes stehen sie fremd, ja feindlich gegenüber. Zu fast allen Problemen der Arbeiterschaft nahmen sie in letzter Zeit fast denselben Standpunkt ein wie die Gegner der Arbeiter.

Ein Beispiel: Mitbestimmung. CSU-Strauß ist gegen sie („Zerstört unsere marktwirtschaftliche Ordnung“). Aber auch „K“BW und „K“PD sind gegen sie („Betrug des Kapitals“). Arbeiter und Kommunisten dieses Landes aber sind für eine erweiterte Mitbestimmung, die ihnen Vorteile bringt. Es ließen sich noch mehr solcher Beispiele aufzählen.

Den reaktionären Kreisen um Dregger sind solche Gruppen von Maoisten, Anarchisten und anderen willkommen, weil sie Argumente für ihre arbeiterfeindliche Politik liefern. So erklärte der ehemalige Bundesinnenminister Genscher, der sich als erbitterter Gegner der Gewerkschaften erwiesen hatte und aus seinem Antikommunismus keinen Hehl machte: „Wir möchten die Maoisten in der Landschaft der Bundesrepublik nicht missen“!

Die eigentliche Funktion dieser Gruppen im hessischen Wahlkampf besteht darin, von der bisherigen Politik der jetzigen Regierung enttäuschte Wähler, die nach einer neuen Alternative suchen, daran zu hindern, den Weg zu dieser Partei zu finden, die als einzige den Werktätigen eine echte Alternative anzubieten hat, die DKP.

Die werktätige Bevölkerung braucht diese Alternative der DKP, die das Übel an der Wurzel packt, indem sie darauf

orientiert, nicht mehr das Profitinteresse eines Häufleins superreicher Milliardenäre, sondern die Interessen der werktätigen Menschen, die schließlich alle Werte schaffen, in der Politik und in der Wirtschaft bestimmend werden zu lassen.

Die einzige Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei hierzulande ist die Deutsche Kommunistische Partei, die DKP. Die Mitglieder der alten KPD, die Kameraden Ernst Thälmanns, sind heute Mitglieder der DKP. Max Reimann, der letzte Vorsitzende der KPD vor deren Verbot, ist heute Ehrenpräsident der DKP, die mit allen Mitteln für die Wiederzulassung der KPD kämpft. Wer heute Kommunisten wählen will, der muß DKP wählen. Alles andere ist kalter Kaffee.



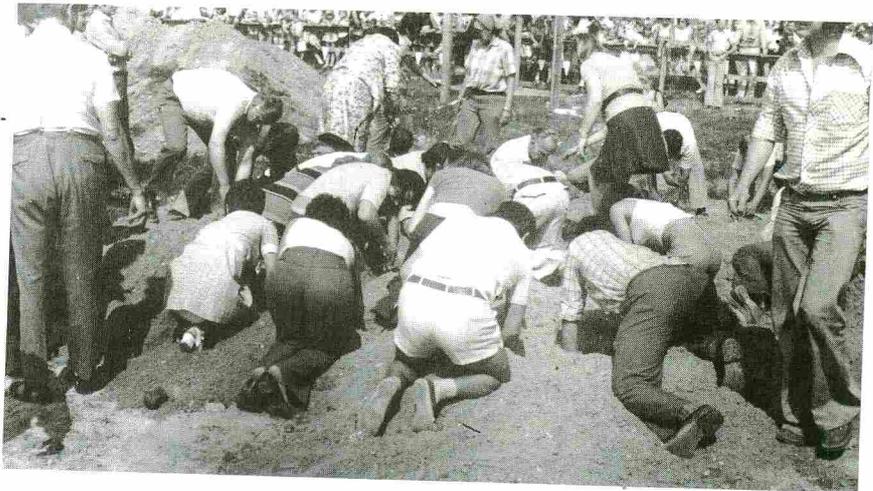
Wer will noch mit?

ABFAHRTSZEITEN:

Samstag, den 21. September 1974
8.30 Uhr Mörfelden, Rathausplatz
9.00 Uhr Rüsselsheim, Marktplatz
Rückfahrt ab Düsseldorf
voraussichtlich 23.00 Uhr

Sonntag, den 22. September 1974
7.00 Uhr Mörfelden, Rathausplatz
7.30 Uhr Rüsselsheim, Marktplatz
Rückfahrt ab Düsseldorf
voraussichtlich 19.00 Uhr

Der Fahrpreis beträgt 15,- DM,
für Kinder 3,- DM



Das Wirtschaftswunder ist vorbei. Bei Opel wird kurzgeschafft. Mabeg in Mörfelden entläßt 15 Beschäftigte. „Bild“ aber hat den Ausweg: Goldsuche. Eines schönen Sommersonntags im August versammelten sich Hunderte von Menschen aus dem gesamten westdeutschen Raum in Mörfeldens Industriegebiet, um einige von Springers „Bild-Zeitung“ gelegte goldene Eier aus dem Sand eines Bauunternehmens in der Dreieichstraße zu buddeln (unser Bild). Manche fanden eins und gewannen mittels des in dem Ei versteckten Loses eine Reise oder einen kleinen Goldbarren. Die anderen hatten ihr Benzin umsonst verfahren. Dafür gab es Freibier. Kommentar eines der Veranstalter: „Die wühlten wie die Deppen!“ Weiterer Kommentar überflüssig.

TERMINE

An den folgenden Tagen werden im Hessischen Rundfunk Wahlkampfsendungen mit der DKP gebracht:

Hörfunk: Abendsendungen

Montag, 30. September 1974
 Freitag, 4. Oktober 1974
 Donnerstag, 10. Oktober 1974
 Mittwoch, 16. Oktober 1974
 Dienstag, 22. Oktober 1974

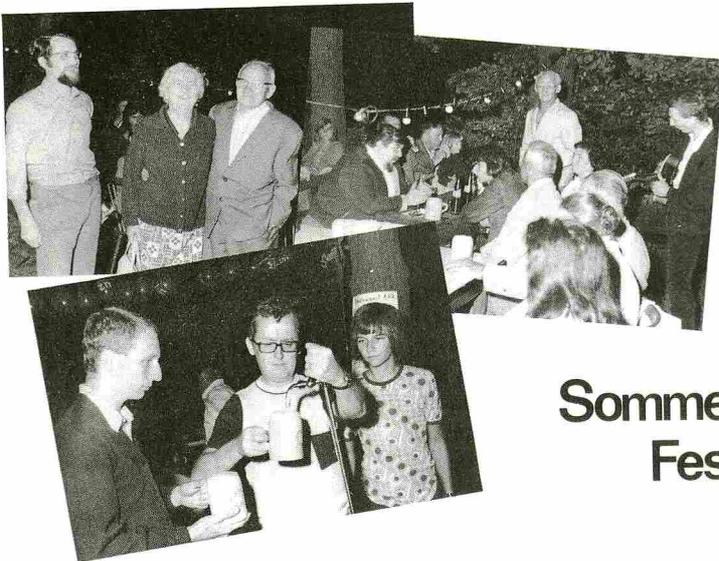
Hörfunk: Frühsendungen

Dienstag, 1. Oktober 1974
 Montag, 7. Oktober 1974
 Freitag, 11. Oktober 1974
 Donnerstag, 17. Oktober 1974
 Mittwoch, 23. Oktober 1974

An den folgenden Tagen werden im 1. Programm des Fernsehens vor der Hessenschau Wahlkampf-filme der DKP gesendet. Merken Sie sich diese Termine gut vor!

Fernsehen:

Freitag, 4. Oktober 1974
 Donnerstag, 10. Oktober 1974
 Mittwoch, 16. Oktober 1974
 Dienstag, 22. Oktober 1974



Sommer Fest

Die DKP-Mörfelden feierte im Oberwald. Es gab Kaffee, „Quetschekuche“ und Bier vom Faß. Zur Gitarre erklangen Arbeiter- und Wanderlieder. Der Wald war dekoriert und alle hatten ihren Spaß. Fester DKP-Beschluß: Das nächste Fest kommt bestimmt!

(Unsere Bilder: Ein Veteran der Arbeiterbewegung – Adam Denger und Frau mit dem Vorsitzenden der Mörfelder DKP, Rudolf Dötsch; Landtagskandidat Rudi Hechler und sein Stellvertreter Erich Schaffner mühten sich am Bierhahn.)

Das Allerletzte

Auszug aus dem neuen Hamburger Berufsausbildungsgesetz: „Ausbilder sind für die Ausbildung ausgebildete Mitarbeiter, die beauftragt sind, Auszubildende auszubilden.“

Eine schwedische Touristin, die in einem Pariser Restaurant Lust auf ein Gänsebrüststück verspürte, konnte sich nur mangelhaft verständigen. Schließlich versuchte sie es mit Gesten. Der Kellner brachte ihr mit höflichem Lächeln ein Glas Milch.

Nackt unter Wölfen

Preisgekrönter DEFA-Film über den antifaschistischen Widerstandskampf im Konzentrationslager Buchenwald.

Mittwoch, 2. Oktober, UT-Lichtspiele, Langener Straße.
 Eintritt 1,- DM
 Karten bei allen Mitgliedern der DKP-Mörfelden.

Vormerken!

DKP in den Landtag

Diskutieren Sie mit Dr. Ellen Weber, auf der öffentlichen Wahlversammlung der DKP am Freitag, dem 18. Oktober 1974.



„Lohnforderungen, Streiks... was mich am meisten aufregt: Die Leute denken nur ans Geld!“